

Die Wählerin

Blätter zum Wahlkampf in Preußen

Die Menschen müssen als denkende und erkennende Wesen ihre Lebensbedingungen, d. h. ihre sozialen Zustände und alles, was damit zusammenhängt, zielbewußt beständig ändern, verbessern und vervollkommen, und zwar dergestalt, daß für alle Menschenwesen gleich günstige Daseinsbedingungen vorhanden sind. Jeder einzelne soll seine Anlagen und Fähigkeiten zu seinem eigenen wie zum Wohle der Gesamtheit entwickeln können, er darf aber nicht die Macht haben, anderen oder der Gesamtheit zu schaden.

August Bebel

Wohlfahrt und Landtagswahl.

Von Gertrud Hanna.

Die Frauen, die am 20. Februar an die Wahlurne treten, tragen mit dem Stimmzettel die Entscheidung über das Schicksal von Millionen Menschen in der Hand. Die Frauen, die die Mehrzahl der Wähler ausmachen, sind ausschlaggebend dafür, wie in Zukunft über des Volkes Wohl entschieden wird.

Wer zu so verantwortungsvoller und entscheidender Stellungnahme berufen ist, hat die Pflicht, vor Abgabe des entscheidenden Stimmzettels genau zu prüfen, welcher unter den vielen der richtige ist. Die Auswahl kann für diejenigen nicht schwer sein, die aus der Vergangenheit lernen können und nicht vergessen haben das Verhalten der Parteien und ihrer Vertreter in den Parlamenten zu den Fragen, die das Volkwohl betreffen.

Durch den langen Krieg und seine furchtbaren Folgen ist der Personenkreis sehr erheblich größer geworden, die auf Fürsorge durch den Staat und seine Einrichtungen angewiesen sind. Heute ist aber auch der Staat in einer großen Kollage, und es ist heute nicht mehr so leicht wie früher, fürsorgerisch zu wirken. Um so notwendiger ist es deshalb, das Parlament und die Regierung so zusammenzusehen, daß von vornherein die Garantie gegeben ist: Die Kollage des Volkes findet Berücksichtigung, soweit dies nur irgend zugänglich ist.

Diese Garantie gibt nur die Sozialdemokratische Partei.

Dem reichen Preußen der Vorkriegszeit wäre es ein Leichtes gewesen, Fürsorgeeinrichtungen zu treffen, die dem größten Teil der damals hilfsbedürftigen Personen ausreichende Hilfe hätten gewähren können. Entscheidenden Einfluß im alten Preußenparlament hatten die bürgerlichen Parteien, vor allen Dingen die Konservativen, die Nationalliberalen und das Zentrum. Wenn nur eine der stark im Preußenparlament vertretenen Parteien ernsthaft gewollt hätte, dann hätten Mittel für Wohlfahrtspflege in größerem Umfange zur Verfügung gestellt werden müssen, als es geschehen ist.

Die ausschlaggebenden Parteien des alten Preußenparlaments überließen aber die Wohlfahrtspflege in der Hauptsache den privaten Vereinen, die fast ausnahmslos konfessionellen Charakter trugen. Sie ließen es zu, daß die geringe behördliche Wohlfahrtspflege armenpflegerischen Charakter trug und so überaus minimal und von Folgen begleitet war, daß Leute, die auf sich hielten, sie nur im alleräußersten Notfalle in Anspruch nahmen. Für Arbeitslose hatte das alte Preußen überhaupt keine Mittel übrig. Arbeitslosenunterstützung war nach Ansicht der damals Herrschenden „eine Prämie auf die Faulheit“ und wurde deshalb abgelehnt. Wollten die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen sich und ihren Klassengenossen aber selber helfen durch Ausbau ihrer Organisation und wie beispielsweise durch Be-

teiligung der Krankenkassen an der Tuberkulosebekämpfung und Schaffung von Heilstätten für Kranke und Erholungsbedürftige, so stießen sie auf schärfsten Widerspruch im Parlament, bei der Regierung und bei den behördlichen Organen. Nur schrittweise und im ständigen Kampf gegen die Mächte in Preußen und im Reich konnten die Arbeiterorganisationen Einrichtungen zur Bekämpfung unveranschauldeter Not in der Bevölkerung schaffen, die zu schaffen Aufgabe der Regierung gewesen wäre und die sie hätte schaffen müssen, wenn die Zusammensetzung des Parlaments in Preußen und im Reich eine andere gewesen wäre.

Wenn man freilich heute die Wahlflugblätter und Wahlartikels der bürgerlichen Parteien liest, besonders die der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, dann erweckt es den Anschein, als wären immer nur sie für die Interessen der hilfsbedürftigen Bevölkerung eingetreten und als würden nur durch sie deren Interessen gewahrt. Wo aber waren diese Parteien und wo war ihr gutes Herz für die hilfsbedürftige Bevölkerung in der Zeit, wo sie die Macht hatten und der Staat die Mittel besaß, um mit Leichtigkeit all das zur Durchführung zu bringen, was sie heute der Bevölkerung im Wahlkampf versprechen? Die Sozialdemokraten waren damals — bis zum 9. November 1918 — nur durch 8 Abgeordnete im Preußischen Landtag vertreten. Eine so geringe Zahl konnte natürlich nur herzlich wenig ausrichten.

Wie es im übrigen mit dem guten Willen der Rechtsparteien, für die hilfsbedürftige Bevölkerung einzutreten, aussieht, zeigt deutlich ihr Verhalten in der Frage der Reform des Hebammenwesens. Die wesentlichsten Vorarbeiten dazu waren schon im Herbst 1919 fertig. Durch Schuld der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums ist der Gesetzentwurf erst im September 1920 der Preußischen Landesversammlung zugegangen. Auf diese Lasten ist es in der Hauptsache zurückzuführen, daß das Gesetz noch nicht verabschiedet werden konnte.

Auch andere Vorkommnisse liefern zu dieser Frage prächtige Illustrationen, so u. a. das Verhalten der Rechtsparteien, wenn es galt, der Regierung Mittel zur Verfügung zu stellen für Ausgaben, die sie selber beschlossen hatten. So haben sie z. B. verhindert, daß durch Besteuerung des Grund und Bodens dem Staate Einnahmen zustiehen und sie haben weiter durch dreimalige Stimmenthaltung bei namentlicher Abstimmung (die sie übrigens selber beantragt hatten) das Parlament beschlußunfähig gemacht, das andernfalls die Selbstbewirtschaftung der staatlichen Domänen beschlossen hätte.

Aus diesen Vorgängen müssen die Wählerinnen ersehen, daß nicht Wahlprogramm und Wahlfreden usw. allein den Charakter einer Partei enthüllen, sondern daß dieser nur zum Ausdruck kommt durch das Verhalten in entscheidenden Momenten. Wer aber über das Verhalten der Rechtsparteien informiert ist, wird keineswegs daraus den Schluß ziehen können, daß das Volk in seiner Mehrheit gut fährt, wenn es am Wahltag seine Stimme für die Rechtsparteien abgibt.

Nur die Sozialdemokratische Partei hat zu jeder Zeit bewiesen, daß sie für die hilfsbedürftige Bevölkerung eintritt und daß sie jede Gelegenheit benützt, um ihre Forderungen auch durchzusetzen. Sie hat sich nicht wie unsere Brüder und Schwestern von links damit begnügt, in Versammlungen und schriftlich Forderungen zu erheben und Kritik zu üben, sondern sie hat im Parlament, in der Regierung und auch an anderen Stellen praktische Arbeit geleistet und hat dadurch erreicht, daß eine ganze Reihe von Gesetzen und Beschlüssen zustande gekommen sind, die trotz aller Mängel dennoch den Geist der neuen Zeit atmen, den zu erhalten und zu fördern wir am 20. Februar berufen sind, indem wir

sozialdemokratisch wählen!

Frau Moral.

Die Moral ist eine wack're Madam,
lehrt alles über einen Kamm;
macht's wie der Dorfbarbier fürwahr:
Wenn der den Bauern schneid't das Haar,
nimmt er ein holzen Schüsselchen,
das legt er jedem auf den Kopf,
sei nun sein Schädel groß oder klein,
und was hervorguckt von dem Schnopf,
das lehrt er ab wie nach der Schnur;
das nennt er dann eine Haarfrisur. Ludwig Plau.

Das Recht auf Mutterschaft.

Von Dr. Olga Essig.

Mehrfach sind in letzter Zeit Entlassungen unehelicher Mütter aus dem Reichs-, Staats- und Gemeindedienst vorgekommen. Das veranlaßte am 19. November mehrere Genossinnen zu einer Anfrage im Reichstag, die Staatssekretär Gewalt wie folgt beantwortete:

Ob die Entlassung unehelicher Mütter aus dem Dienst gerechtfertigt ist, hängt davon ab, ob diese ihre Verpflichtungen in vollem Umfange nachkommen können und besonders auch, ob sie durch ihr Verhalten die Achtung verletzen. Diese Frage allgemein zu verneinen, ist mit Rücksicht darauf unmöglich, daß große Beamtenverbände, wie der Verband der Post- und Telegraphenbeamtinnen und Volksschullehrerinnen, einen entgegengesetzten Standpunkt vertreten. Eine allgemeine Verordnung, die bestimmt, daß hier kein Entlassungsgrund und auch kein Grund gegen die Anstellung vorliege, könne nicht in Aussicht gestellt werden.

Diese Antwort hat weite Beamtinnen- und Frauentreise nicht befriedigen können und in der Presse unserer Richtung ausnahmslos scharfsten Widerspruch erfahren. In Frankfurt am Main z. B. beriefen die berufstätigen Frauen und der Bund für Mutterschutz eine große öffentliche Protestversammlung ein, die sich mit ganz überwältigender Mehrheit für eine entschiedene Kampfansage gegenüber dem Regierungsstandpunkt entschied.

Dem Beispiel der Frankfurter Frauen folgend, gilt es im bevorstehenden Wahlkampfe für alle denkenden Staatsbürgerinnen, zu kämpfen für Mutter- und Kindesrechte, zu demonstrieren gegen Ungefährlichkeit und bürgerliche „Moral“. Man mache sich nur einmal den ganzen Widersinn und die Ungefährlichkeit der Regierungserklärung und ihrer Begründung klar.

Seit Jahrtausenden hat die Frau für das öffentliche Recht nicht existiert. Ihr ganzes Dasein fiel in das Privatrecht, als Ehefrau und sogar als Mutter. Wo der Staat im mittelbaren oder unmittelbaren Staatsdienst Beamtinnen anstellte (Lehrerin, Postbeamtin usw.), geschah es nicht als Frauen, denn bei Strafe der Entlassung waren der Beamtin Ehe und Mutterschaft verboten!

Die Reichsverfassung hat nun der Mutterschaft im Art. 119 Abs. 3 Anspruch auf Schutz und Fürsorge des Staates zuerkannt. Damit wurde der Mutterschaft öffentlich-rechtliche Bedeutung verschafft und die Gemeinschaft von Mutter und Kind als kleinste Gemeinschaft im Staate anerkannt. Aber die kapitalistische Gesellschaft wertet die Mutterschaft nicht als soziale Leistung; die Mütter sind vielmehr in früher ungeahntem Umfange zu häuslicher und außerhäuslicher Erwerbsarbeit gezwungen. Das gilt besonders von den unehelichen Müttern, auf deren Erwerbsarbeit die leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeit ihrer Kinder angesichts der durchweg unzureichenden väterlichen Alimentation zum großen Teil beruht. Nach Art. 121 der Reichsverfassung sind diese Entwicklungsmöglichkeiten den ehelichen und unehelichen Kindern gleicherweise zu schaffen. Der unehelichen Mutter, soweit sie zum Staat im Beamtenverhältnis steht, wird aber das Recht auf ihre Arbeit streitig gemacht; die Anstellungsbehörde soll aus der Mutterschaft das Recht zur Entlassung herleiten können. Das steht in Widerspruch zu der öffentlich-rechtlichen Anerkennung der Mutterschaft (Art. 119 Abs. 3), zu unserem Rechtsempfinden gegenüber dem unehelichen Kinde (Art. 121) und endlich zu Art. 128 Abs. 2, der alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte als beseitigt erklärt. Man hat bisher nichts davon gehört, daß uneheliche Waterschaft als Entlassungsgrund, also achtungsverletzendes Verhalten im Sinne des § 10 des Reichsbeamtengesetzes galt. Wer, wie der Regierungsvertreter Dr. Gewalt, uneheliche Mutterschaft anders bewertet, bekennt sich zu einer doppelten Moral, die unserer Auffassung von wahrer Sittlichkeit widerspricht.

Die bisher genannten rechtlichen, sozialen und ethischen Momente genügen vollaus, um den Regierungsstandpunkt als rechtswidrig und darum völlig unhaltbar mit aller Schärfe und Entschiedenheit abzulehnen.

Die Regierung scheint bei der Formulierung ihrer Antwort die Reichsverfassung nicht zu Rate gezogen und die sozialen Lebensbedingungen weiler Volksschichten nicht gekannt zu haben. Sie beruft sich lediglich darauf, daß große Beamtinnenverbände, wie der Verband der Reichspost- und Telegraphenbeamtinnen, der Eisenbahnbeamtinnen und Volksschullehrerinnen sich im Interesse ihrer Standesehre gegen die uneheliche Mutter als Beamtin ausgesprochen haben. Demgegenüber betonen wir ausdrücklich, daß der Begriff der Standesehre mit den Grundsätzen der Demokratie unvereinbar ist, und daß ein demokratisches Volk kein Verständnis dafür hat und haben darf, wenn seine Regierung sich zum Werkzeuge einseitiger Klassen- oder Standespolitik machen läßt. Von Beamtinnenvereinen vollends, deren Mitglieder auf die Verfassung vereidigt sind, darf gefordert werden, daß sie ihren Inhalt respektieren und Versuche zu offenkundigem Bruch der Verfassung unterlassen. Schaffung von Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte ist aber nichts anderes als Beugung des Rechts, Bruch der Verfassung.

Was schließlich die Auffassung dieser Beamtinnenschaft von Sittlichkeit anbetrifft, so lehnen wir sie als Ausdruck einer tiefbedauerlichen doppelten Moral entschieden ab. Wir erkennen als sittlich nur die auf voller Selbstverantwortung beruhende geschlechtliche Verbindung freier Menschen an, wenn sie zugleich wahre seelische Gemeinschaft, tiefe persönliche Sympathie des Geistes und der Seele bedeutet. Wie wenig die heutige legitime Ehe dieses Ideal verwirklicht hat, das haben vor uns Größere unzählige Male dargelegt. „Die Ehe ist die einzige wirkliche Weibeseigenschaft, welche das Geleht kennt“, sagt z. B. John Stuart Mill. Das kommunistische Manifest stellt die bürgerliche Ehe, soweit sie auf Kapital und Privaterwerb beruht, der Prostitution gleich. Und in der Tat steht die aus mannigfachen materiellen und sozialen Motiven geschlossene Ehe in zahlreichen Fällen auf weit geringerer moralischer Höhe, als die Liebes- und Lebensgemeinschaft zweier Menschen, die aus irgendwelchen äußeren Gründen auf den staatlichen Kontrakt ihrer Herzen verzichten oder verzichten müssen. Selbstverständlich beruhen auch unzählige außereheliche Verbindungen lediglich auf Erleben und roher Sinnelust und widersprechen unbedingt unserem Sittlichkeitsbegriff. Doch welche Anstellungsbehörde kann und darf sich das Recht anmaßen, in diesen Dingen Richter zu sein.

Darum protestieren weite Beamtinnen- und Frauentreise im Namen des Rechts und der Sittlichkeit gegen die Absicht der Regierung, Verfassungsbestimmungen zu durchbrechen zugunsten roher, philisterhafter Moralbegriffe.

Diese Frauen sollen aber bedenken, daß es mit Protesten nicht getan ist. Was die Reichsverfassung an Rechtsfähen zum Schutz der Mutter und des unehelichen Kindes enthält, ist dem zähen Kampf der Sozialdemokratie in der Nationalversammlung zu verdanken. Wie wenig die gegenwärtige bürgerliche Regierung willens ist, die klaren Verfassungsbestimmungen zu achten und zu verwirklichen, hat sie den Frauen mit fast nader Brutalität durch den Mund des Herrn Dr. Gewalt sagen lassen. Darum können Frauen nur von einer Regierung mit ausschlaggebender sozialistischer Mehrheit Verständnis für ihre Forderungen erwarten. Wirklich durchgreifende Reformen auf dem Gebiete des heutigen Sexuallebens sind innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft überhaupt undurchführbar. Wer an der Unlogik der bürgerlichen Sexualmoral rütteln will, muß der ganzen kapitalistischen Gesellschaftsordnung den Krieg erklären. Hier gibt es keine Kompromisse, sondern nur ein klares „Entweder — Oder“.

Darum haben denkende Frauen am 20. Februar nur eine Antwort auf die Erklärung des Ministerialdirektors Gewalt: den

sozialdemokratischen Stimmzettel!

Die Deutschnationalen.

Eine Handvoll Junker, die nichts gelernt haben als ein bißchen Roßtäuscherei, Volkeschlagen, Becherspiel oder sonstige plumpe Schelmenstücke, womit man höchstens nur Bauern auf Jahrmärkten überböteln kann, diese wähen damit ein ganzes Volk betören zu können, und zwar ein Volk, welches der Fußer erfunden hat und die Buchdruckerkunst und die Kritik der Reinen vernunft.

Georg Heinrich

Liebe Freundin!

Deine Antwort hat mir große Freude bereitet. Das Leben ist in der Tat ein einziger Kampf, dem keiner ausweichen kann. Wohl gibt es Stunden der Ermüdung, wo das Ruhebedürfnis sich geltend macht, Feierstunden, die aber doch nur der Sammlung neuer Kräfte dienen. Wohl denen, die das schönste und kostbarste Kleinod, ihre Gesundheit, besitzen und die ihre Kräfte nicht nur zur Selbsterhaltung, sondern auch im Interesse der Hilflösen, Kranken und Schwachen verwenden. Für diese Hilfsbereitschaft sind wir Frauen besonders geeignet, doch unserem Wirken war ja bisher eine sehr enge Grenze gesetzt. Als politisch Entrechtete konnten wir Frauen auf die Geheggebung keinerlei Einfluß ausüben. Heute ist es anders! Am 20. Februar müssen auch die Frauen an die Wahlurne treten und der Partei ihres Vertrauens die Stimme geben. Bis dahin wollen wir die politisch noch unreifen Frauen aufrütteln, sie aufklären, daß sie gleich uns den Stimmzettel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in die Wahlurne legen.

Du willst nun bei dieser Aufklärungsarbeit helfen und den Frauen insbesondere Aufschluß geben über die Partei, die sich den schön klingenden Namen: „Deutsche Volkspartei“ zugelegt hat. Das freut mich außerordentlich! Denn gerade diese Partei ist es, die den Frauen bei der Reichstagswahl im Juni 1920 eine rosarote Zukunft versprochen hat. Sie wird auch weiter in erster Linie die Selbstinteressen vertreten, die Drohnen über die Arbeitslosen stellen. Kein volksparteiliches Täuschungsmanöver kann diese Tatsachen wegleugnen.

Unfähigkeit sozialdemokratischer Minister soll nach Äußerungen führender Volksparteiler die große wirtschaftliche, soziale und finanzielle Not herbeigeführt haben. In Wirklichkeit hat die Kriegspolitik der Deutschen Volks- und der Deutschnationalen Volkspartei Deutschland zu Boden geworfen. Wahr ist, daß unter Mitwirkung sozialdemokratischer Minister ein kleiner Aufstieg im Wirtschaftsleben sich bemerkbar machte. Seitdem aber das Reichsschiff unter Führung von Männern der Deutschen Volkspartei gesteuert wird, verschlechtern sich die wirtschaftlichen Verhältnisse.

Der Postminister Giesberts, Mitglied der Zentrumspartei, hat kürzlich offen zugegeben, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland so traurig sind wie nie zuvor. Wo sind die versprochenen niedrigen Kartoffel-, Fleisch- und Eierpreise? Wir spüren nichts davon. Statt Abnahme der Arbeitslosigkeit ist eine Zunahme zu verzeichnen, statt der versprochenen Besserung der Finanzen ist die Schuldenlast größer und größer geworden. Und wie steht es mit den Steuerlasten? Die Steuerscheu der Besitzenden ist zu gut bekannt und sie wird auch heute noch von den Vertretern der Volkspartei aufs nachdrücklichste unterstützt. Die große Masse soll nach wie vor den Reichsfiskus füllen.

Liebe Freundin, das wahre Gesicht der Volkspartei zu zeigen, ist eine lohnende Aufgabe. Du tust recht daran. Und ich hoffe, daß noch viele andere Mitbewerber deinem Beispiel folgen werden. Dir und deinen Lieben alles Gute.

Deine Hanna Reike.

Dürfen wir Antisemiten sein?

Von Erna Büsing.

Das schwere Kriegserleben mit all seinen tausendfältigen Auswirkungen und die Not des Tages stampfen uns zu mürrischen Menschen. Unter dem ständigen Druck wirtschaftlicher Verelendung sind wir leicht reizbar, aufgebracht und die Unzufriedenheit kriecht an uns. Die Gründe unserer innerlichen Zerrissenheit und Mißstimmung aber suchen wir eifrigst bei den anderen. Ja, wir fiebern förmlich danach, einen Blähleiter zu finden.

Diesem Zustand jedoch nutzen Demagogen aus, um auf alle Art und Weise zu hetzen. Wider ihr besseres Wissen tragen sie Verantwortung in breite Volksschichten. Einerseits, um den Zorn von den wahrhaft Schuldigen abzulenkten, andererseits, um möglichst unbemerkt ihren dunklen Mächenschaften nachgehen zu können. Auf diesen beiden Grundpfeilern wurde auch der Antisemitismus errichtet.

Er ist wahrhaft nicht daseinsberechtigt und er könnte überhaupt nicht bestehen, wenn der geistige und sittliche Niedergang nicht gar zu sehr um sich gegriffen hätte. Namentlich die Deutschpöhlischen reißen ihren Mund sehr weit auf, daß tatsächlich ihre eigenen Ohren in Gefahr kommen, verschlungen zu werden. Diese heidnischen Germanen sagen sich eben, auch die ungeheuerlichsten Blüge, stets wiederholt, wird glaubhaft. Was bringen sie nicht alles gegen die Juden vor! Da wird die Behauptung aufgestellt, die Juden seien Fremdlinge. Wie ist denn aber die Sache? Schon im 4. Jahrhundert gab es in Köln a. Rh. eine jüdische Kolonie, bis zum Jahre 1000 waren die Juden gleichberechtigt. Mit den Kreuzzügen gingen die blutigen Verfolgungen der Juden in Deutschland

an. Die Juden sind keine Fremdlinge, sondern wir haben eben in unserem Vaterland 540 000 Deutsche, die jüdischen Glaubens sind. Die Religion aber sollte doch jeder aufgeklärte Mensch für die aller-eigenste Privatangelegenheit betrachten.

Dann wird darauf hingewiesen, daß die Juden Spezialisten einiger Berufe sind. Nun, die Christen machten sie meistens dazu. Z. B. war vor Zeiten die Ausübung des Geldverleihgeschäftes den Christen nicht erlaubt, folglich ging es an die Juden über und selbst noch Friedrich II. von Preußen verbot den Juden, den Aufenthalt auf dem platten Lande. Die Juden wandten sich in erhöhtem Maße der Wissenschaft, der Kunst und der Literatur zu. Also, sie gingen vornehmlich auf Gebiete, wo der Mensch nur durch persönliches Können bestehen kann. Und die sonst dem Persönlichkeitskult huldigenden Deutschpöhlischen sind eigentlich den Juden gar manche Verbenung schuldig. Aber die Antisemiten wollen sie nicht kennen, weder Wassermann noch Ehrlich, weder Ballin noch Liebermann.

Ach ja, im Mittelalter mußte man Christ sein, um Staatsbürger sein zu können. Und es gibt eben Menschen, treu deutsch, christlich und national, für deren Entwicklungsstufe das Mittelalter noch zu hoch liegt.

Die Herren von der äußersten Rechten haben ja den Antisemitismus auf ihrem Programm, sie saugen die Allerweltswisheit bequemermäßig aus einem Schlagwort und das heißt: „Schuld ist an allem der Jude“. So soll er auch Deutschland in den Krieg getrieben haben. Aber bei Kriegsausbruch hatten wir keinen einzigen jüdischen Diplomaten und die Diplomaten waren doch Mitbestimmer des Geschickes eines Millionenvolkes. Der Jude konnte nicht aktiver Offizier werden und einzig und allein der Kaiser, der Kaiser von Gottesgnaden, konnte staatsrechtlich den Krieg erklären.

Doch wie am Kriege, so soll der Jude auch an der Revolution der „Schuldige“ sein. Ein Ausgestoßener wird eigentlich nach Naturgesetz radikal und so verstärkten auch viele Juden die Kampffront des Proletariats. Jedoch eine Revolution wird nicht gemacht, die Revolution war naturnotwendige Entwicklung.

Das Volk soll wieder entrechtet werden, darum betreiben die Rückschritter den Antisemitismus. Sie wollen wieder Ausnahme- und Sondergesetze. Erst sollen die Juden die Gleichberechtigung verlieren, dann die Frauen, dann die Arbeiter und dann die Sozialisten schlechthin.

Frauen, merkt Ihr, wohin die Reise gehen soll? Die überzeugte Sozialistin sieht das, nicht erst seit gestern und heute, sondern schon seit langem. Die finsternen Mächte des Rückschritts aber rechnen auf die unklaren, nicht denken wollenden Frauen, sie spekulieren nämlich, ehrlich gesagt, auf deren Dummheit. Darum, Genossinnen, denkt stets daran und sagt es auch: „Wer Judenhetze betreibt, arbeitet der Gegenrevolution in die Hände“. Legt Euch nicht selbst die Nelke um den Hals.

Gedankensplitter.

Ich meine, die Ziele der Sozialdemokratie werden sich ebenso gewiß friedlich verwirklichen, als unsere Gegner Verstand und Ehrlichkeit haben.

Wilhelm Liebknecht: (Hochverrat und Revolution).

Eine geschickte Frau hat Millionen gebotener Feinde — alle dummen Männer. Marie v. Ebner-Eschenbach.

Geschäft in Menschenaugen.

Seit dem Kriege haben sich die Bedürfnisse der Menschen geändert. Das geht aus vielen Veröffentlichungen des Handels und der Industrie hervor. Ein Beispiel ist wieder in dem Bericht einer thüringischen Handels- und Gewerbekammer zu finden. Da heißt es:

künstliche Menschenaugen.

Das Geschäftsbild war im ersten Vierteljahr 1920 infolge der durch den Krieg und den geringen Wert der deutschen Mark geschaffenen außergewöhnlich guten Absatzverhältnisse nach dem Ausland ein besonders günstiges. Die allgemeine wirtschaftliche Krise führte jedoch in den folgenden Monaten zu einem empfindlichen Rückschlag. Erst gegen Ende des Jahres trat eine Wiederbelebung des Geschäfts ein.

Einige Seiten weiter heißt es in dem Bericht:

Puppenaugen.

Die Geschäftslage in der Puppenaugenindustrie während des Berichtsjahres ruht im allgemeinen als schlecht bezeichnet werden. Der deutsche Markt hatte nur geringen Bedarf an Puppenaugen.

Die Konjunktur in künstlichen Menschenaugen hat sich bedeutend gehoben. Der Absatz in Puppenaugen ging zurück. Die Kinder spielen nicht mehr mit Puppen oder die Puppen sind zu teuer geworden. Aber der Geschäft in Menschenaugen floriert. Der Krieg hat die Menschen erheben und glücklich gemacht. Er war ein Stahlbad.

Ein anderer Frühling . . .

Ein anderer Frühling kommt wohl bald,
um allem Schlaf ein Ende zu machen,
dann wird, ein Phönix an Gestalt,
aus seinem Traum das Volk erwachen,
aus seinem Traum;
gibt weiten Raum
der Weisheit Rat,
dem freien Staat,
dem gleichen Recht für alle.

August Geth.

Religion im Wahlkampf.

Von August Freundenthal, Münster.

Es ist eigentlich Unsinn, die Begriffe Religion und Politik miteinander in Verbindung zu bringen, denn sie verkörpern zwei Gegenätze, die gar nichts miteinander zu tun haben. Während sich die Politik lediglich mit der Regelung der diesseitigen, der irdischen Verhältnisse des Menschen als Mitglied einer Volksgemeinschaft befaßt, will die Religion des Menschen jenseitige, nicht irdische Angelegenheiten regeln. Und man tut den Tatsachen Zwang an, wenn man die Religion mit der Politik verquitt.

Allerdings gibt es ein Grenzgebiet, auf das sowohl die Religion wie die Politik hinübergreift, wodurch leicht Unklarheiten und Konflikte entstehen. Das ist das Gebiet der Ethik. Die Ethik handelt vom Wollen und Sollen des Menschen, von den Zielen und Zwecken, die er anzustreben hat. Im Grunde genommen wollen die ethischen Forderungen, die Sittengesetze das Zusammenleben der Menschen regeln. Das Sittengesetz ist also eigentlich sozialer Natur, wenigstens soweit es sich zum geltenden Recht und Gesetz verdichtet hat oder als ungeschriebene Regel stillschweigend befolgt wird. Das spezielle Sittengesetz der verschiedenen Religionsgemeinschaften, das innerhalb dieser ebenfalls als soziale Vorschrift gilt, fällt vielfach zusammen mit gesetzlichen Vorschriften und üblichen allgemeinen Moralbegriffen, so daß die gemeinsame Abstammung unverkennbar ist, nur sind in diesem Falle nicht nur diesseitige Strafen, sondern auch Nachteile im Jenseits im Übertretungsfalle angedroht, die in manchen Fällen durch diesseitige Buße gesühnt werden können. Daß, nebenbei erwähnt, Gesetz und Recht, Sittlichkeits- und Moralbegriffe nichts Ewiges sind, erleben wir alle Tage und wissen ebenso genau, daß nicht in allen Klassen der Gesellschaft gleiche Begriffe über bestimmte Fragen der Ethik herrschen.

Das Ziel, der Zweck der Religion, ihr eigentlicher Kern ist also nicht das Leben im Diesseits. Ihre sittlichen Forderungen sind nicht das Ausschlaggebende, sondern nur unentbehrliche Verhaltensmaßregeln für eine Übergangszeit. Der Glaube an ihre Lehren von einem höheren Wesen, an ein Leben nach dem Tode, an ein Jenseits außerhalb der irdischen Vergänglichkeit ist es allein, worauf letzten Endes alles ankommt. Nicht der vergängliche Leib, nicht diese Welt, sondern die menschliche Seele ist der Religion Objekt. Das ist der Kern aller christlichen Religion nach der Lehre Jesus von Nazareth: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt!“

Der Glaube an ein Jenseits aber kann nichts mit der Politik des Diesseits zu tun haben. Mag einer an ein Jenseits, an einen Gott, oder an alles dieses nicht glauben, deshalb kann er Sozialdemokrat, Monarchist, Republikaner, Demokrat oder Aristokrat sein. Und tatsächlich findet man in allen Parteien Gläubige und Ungläubige, Christen und Atheisten.

Es ist kein Zufall, daß die sittlichen Forderungen des Sozialismus und des Christentums sich vielfach decken. Es ist nur ein Beweis mehr dafür, daß sie ursprünglich aus der gleichen Wurzel entsprungen, der Ethik der Mühseligen und Beladenen, der Unterdrückten und Ausgebeuteten. Wer ihr zum Durchbruch verhelfen will, muß auch als echter Christ, der die sittlichen und ethischen Forderungen seiner Religionsgemeinschaft erfüllen will, ein Sozialdemokrat sein.

Trotzdem der Glaube etwas jeder Politik Fremdes ist, wird die Religion mit Vorliebe in der Politik als Mittel zum Zweck benutzt. In jedem Falle, da es geschieht, tritt die dabei verfolgte Absicht klar zutage. Am deutlichsten ist sie in der Politik des Zentrums und der Deutschnationalen erkennbar. Beide wissen genau, daß sich die sittlichen Forderungen der proletarischen Christen und der sozialistischen Proletarier in bezug auf die Forderung eines menschenwürdigen

Daseins in ihren Hauptstützpunkten decken. Um die Gefahr ihres Zusammengehens zu verhindern, wird der Sozialismus als Feind der Religion, des Christentums usw. verleumdete. Der Sozialismus ist religiös tolerant. In der Sozialdemokratie ist die Religion Privatsache. Das weiß heute jeder, der sich überhaupt einmal darum bekümmert hat.

Am widerlichsten ist es, daß der Glaube, die Religion in der Politik dazu dienen muß, den krassesten Eigennutz der Kapitalisten, der Besitzer der Produktionsmittel, der Nutznießer des Volksvermögens zu schützen. Die Religion, die den Menschen, die ihr anhängen, das Heiligste sein sollte, wird auf diese Weise zu einer Waffe der Selbstsucht erniedrigt, zu einer Dienerin des Mammons.

Denkt Ihr daran?

Proletarierfrauen und -mütter, denkt Ihr noch daran, wie Ihr von Eurer Mädchenzeit die meisten und schönsten Jahre in Dienststellen, in den Häusern der sogenannten „besseren Leute“ um ein paar Mark Lohn habt vertrauern müssen? Kennt Ihr auch den Inhalt der vorhundertjährigen gesetzlichen Bestimmungen (Erl. vom 15. Mai 1819!) auf den ersten vier Blättern Eures damaligen Gesindebuchs? Wo bis ins kleinste die Pflichten des Dienstboten scharf hervorgehoben waren, aber nicht ein Sterbenswörtchen von den Pflichten der „Herrschaft“ stand? Wo aber u. a. wörtlich steht: „Gesinde ist verpflichtet zur Treue und pünktlicher Leistung aller verordneten Arbeiten, zu Gehorsam und strenger Beobachtung der häuslichen Ordnung und Einrichtung!“

War das nicht Sklaverei in Reinkultur? Wir aber mit unserem einfältigen, von Kanzel und Schulkathedr eingetrichtertem Unterwürdigkeitswahn nahmen das alles mehr oder minder ergeben als „gottgewollte“ Ordnung an. Wie vielen wird sich wohl heute noch beim Lesen dieser Zeilen ein zorniger Seufzer entringen, wenn sie zurückdenken, wie damals in Stellung für sie der Tag um 5 oder 6 Uhr morgens begann und sie vielleicht erst um die 11. oder 12. Mitternachtsstunde todmüde von 15—18 stündiger, ununterbrochener Arbeit mit ihrem dürftigen Petroleumlämpchen in der Hand hinaus in ihre kahle, mit ausgerangtem Gerät unschön verstellte Mansarde im dritten oder vierten Stock schliefen!

Ich habe schon oft gedacht, wenn man alle die Ausbeutereten der Hausmädchen durch die „feinen“ Damen schriftlich in einem Buche sammeln könnte, das gäbe eine Chronik, die nirgends ihresgleichen fände, ein Schanddenkmal der besitzenden Klasse, dessen bloßer Anblick uns die Hand zur Faust ballen würde. Mir selbst haftet ein persönliches derartiges Erlebnis so im Gedächtnis, daß es sich fast von selbst in die Feder drängt. In Frankfurt a. M., vor 18 Jahren, herrschaftliche Sechszimmerwohnung Böhmerstr. 58 III. Familie: Landrichtersrat und Frau, zwei erwachsene Töchter. Ununterbrochene Arbeitszeit von früh bis abends. Niemals Zeit, seine eigene Kleidung und Wäsche außer dem Waschen in Stand zu halten. 18 M. Lohn! Sie gingen größtenteils für Schuhwerk auf. Der Mann war leidend; die ganze Wohnung roch nach Spital. Da er nun zu einer erneuten Operation nach Würzburg ins Julius-Spital gebracht werden sollte, hoffte ich durch die Abwesenheit der Familie endlich etwas freie Zeit zur Instandsetzung des nötigsten eigenen Kleiderbedarfs ergattern zu können. Aber anstatt mir einmal in ein bis zwei Stunden ein paar Strümpfe stopfen zu können, mußte ich fünf — ausgerangte Zimmerlampen puhen, die nie mehr in Gebrauch genommen wurden.

Warum ich dieses hier erzähle? Weil wir Arbeiterfrauen und -mädchen, die bei diesen Menschen ihr Brot suchen müssen, von der Einsicht und menschenfreundlichen Humanität dieser „Gebildeten“ keinen Pöppelstiel entgegenkommen erworten können.

Menschenwürdige Entlohnung und Arbeitsbedingungen, insbesondere Arbeitszeit, können uns nur unsere Volksvertreter auf gesetzlichem Wege schaffen, und darum gibt es für uns Arbeiterfrauen und -mädchen nur eins:

Am 20. Februar sozialdemokratisch wählen!

Marie Schleich, Ried am Main.

Ihr müßt Partei ergreifen!

Nicht Partei ergreifen, das heißt: keine Überzeugung haben oder sie verleugnen. Nicht Partei ergreifen, das heißt in einer schwächlichen Gleichgültigkeit gegen die höchsten Interessen, welche das Herz der Menschheit durchzucken, die eigene Ruhe und Behaglichkeit den gewaltigen Fragen vorziehen, von denen das Wohl und Wehe des Vaterlandes abhängt, und so die Pflichten verraten, welche wir dem Vaterlande schulden. Die Geschichte hat Verzeihung für alle Irrtümer, für alle Überzeugungen, sie hat keine für Überzeugungslosigkeit.

Ferdinand Lassalle.